



Forst: Auf dem Max-Seydewitz-Platz versammelten sich am 4. Februar 400 Menschen unter dem klaren Motto "Nie wieder ist jetzt – Forst steht auf für Demokratie, Menschlichkeit und Weltoffenheit"

Demos sind wichtig – doch wie weiter?

Seit Wochen gehen endlich Hunderttausende Menschen überall auf die Straßen und Plätze, um zu verhindern, dass sich ein 1933 wiederholt. Ich war auf mehreren dabei. Der Wille, Demokratie und Humanität allen Menschen gegenüber zu verteidigen, ist das elementare verbindende Band zwischen den Teilnehmenden. Das ist wichtig, doch auf Dauer nicht genug. Dass auch verantwortliche Politiker wie Minister oder der Ministerpräsident des Landes nun endlich auch öffentlich auf die Tribünen treten, um sich gegen Rechtsextremismus zu positionieren, ist wichtig und ist von ihnen zu fordern, einerseits. Andererseits müssen wir klar sagen, dem Aufstieg der AfD, dem Anwachsen von menschenverachtendem Rechtsextremismus haben sie mit ihrer Politik der sozialen Spaltung, der Kriegsrhetorik und Aufrüstung, der Verschleppung eines dem Ernst der Bedrohung durch den Klimawandel gerechten Wandels unserer Wirtschaft den Boden bereitet:

Die Kürzungspolitik in allen Bereichen unseres Daseins, der Bildung, Kinder- und Jugendförderung, Gesundheit, schäbiges Brechen der Versprechungen würdiger Teilhabe durch Bürgergeld und Kindergrundsicherung, kaum verkündet, schon wieder gestutzt, das Drama der Gesundheitsversorgung, das Gieren nach Aufrüstung und die unseligen Waffenlieferungen und Kriegseinsätze haben das Vertrauen in die Institutionen der politischen Macht untergraben. Zu deutlich ist zu erkennen, dass diese Politik im Interesse von Profitjägern wie Musk, dem der rote Teppich nachgetragen wurde, von Handelsketten, die Erzeugerpreise drücken, von Krankenhaus- und Pharmakonzernen, die bei Behandlungskosten kürzen, aber den Wildwuchs bei Medikamentenpreisen dulden, nicht aber für die breite Bevölkerung gemacht wird.

Besonders schäbig: die Zustimmung ehemals sich zum Asylrecht bekennender Parteien und deren Politiker zu seiner Düperung, die Errichtung eines Abschiebezentrums, die im vorausseilenden Gehorsam bewerkstelligte Erstellung der diskriminierenden Bezahlkarte für Asylbewerber, die dem Artikel 1 im GG Hohn spricht, das lautstarke Bedauern des MP, dass Brandenburg nicht die von den Herren Woidke und Steinbach erhoffte Rüstungsschmiede bekommen hat, dass der MP den in demokratischer Breite erarbeiteten, zustimmungsreifen Klimaplan auf unbestimmt zurückgestellt hat.

All dies ist nicht im Interesse der Mehrzahl der Menschen, sondern erzeugt Frust, Wut, Spaltung, Ohnmachts- und Diskriminierungsgefühle. Es ist darum nicht genug, nur an das Herz der Menschen zu appellieren, sondern die Beseitigung des sozialen Rassismus in der Gesellschaft einzufordern, eine Politik des sozialen Wandels für die Menschen statt für Profite. Das ist die Aufgabe der Politik, von „oben“ wie von „unten“.

Sonja Newiak, Aktivistin
(auf dem Foto bei Demo in Spremberg, sie war in Berlin, Potsdam, Cottbus, Forst...)



Sanktionen beim Bürgergeld

Einsparungen sollen 170 Millionen Euro bringen



Wer ein Jobangebot ablehnt, muss ab jetzt mit einer Kürzung der Grundsicherung rechnen. Die neuen Regeln gelten vorerst für zwei Jahre. Die geplanten Einsparungen sollen 170 Millionen Euro einbringen und wurden notwendig, nachdem das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Bundesregierung beim Haushalt 2024 zu Einsparungen zwang. Für bis zu zwei Monate können die Regelsätze nun komplett gestrichen werden, wenn Grundsicherungsbeziehende eine zumutbare Beschäftigung willentlich ablehnen. Das neue Bürgergeld - einst gestartet für mehr Sicherheit, mehr Respekt und mehr Freiheit für ein selbstbestimmtes Leben schleift die Ampel-Regierung nun an konservativen Forderungen und Sichtweisen auf „Unwillige“ und „Faule“ zudem was es ist - Hartz IV mit anderem Namen.

*Kolumne von Inge Hannemann
für das Online-Magazin „Links bewegt“*

Einen Schritt vor und zwei Schritte zurück. Wir befinden uns im zweiten Jahr des Bürgergeldes. Beim Bürgergeld, mit dem die „Begegnung auf Augenhöhe“ stattfinden soll. Dort, wo im Jobcenter der neue Kooperationsplan gemeinsam erarbeitet wird, um leichter in Arbeit zu kommen. Hätte, hätte Fahrradkette. Aus dem Bürgergeld und aus der „Begegnung auf Augenhöhe“ wird nun endgültig Hartz V und das Damoklesschwert der Vollsanktion wird wieder herausgezurr. Die Androhung der Vollsanktion über zwei Monate wird den Alltag der Jobcenter erneut bestimmen. Das Bürgergeld gibt es als Benefit wieder nur für marktkonformes Verhalten, in dem die Spielregeln von den Jobcentern diktiert werden. Das Bürgertum und die konservativen rechten und die ebenso dafür offenen sozialen Parteien werden damit beruhigt. Diese vertreten oftmals die Meinung, dass Sozialleistungsberechtigte faule Schmarotzer sind. Vollsanktion dient der Bestrafung

Wer nicht spürt, spürt die Peitsche. Der muss hungern und frieren. Wer sich nicht in die Zwangsarbeit stecken lassen will, wird sanktioniert. Da interessiert es nicht, ob das Bürgergeld die Existenzsicherung darstellt, die nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts dem Grunde nach unverfügbar ist und eingelöst werden muss. „Unverfügbar“ heißt, dass niemand berechtigt ist, diesen Anspruch auf das Existenzminimum zu kürzen oder insgesamt zu nehmen. Durch eine Vollsanktion verschwindet das unverfügbare Existenzminimum und dient damit einzig allein der Bestrafung. Richten und bestrafen – und das so ganz ohne die Judikate. Es sind Komponenten des Strafrechts, die hier zum Zuge kommen. Damit wird der Sanktionsparagraf erneut zum Zentrum der Hartz-V-Gesetze. Das hatten wir schon einmal. Und darum wissen wir, dass Druck Gegendruck erzeugt. Dass die Sanktionen nicht dauerhaft in Arbeit

vermitteln. Dass Sanktionen krank machen können und dass sie zu Hunger und Obdachlosigkeit führen können. Das alles wird erneut billigend in Kauf genommen. Und trotzdem möchte man in zwei Jahren diese neue, alte Praxis evaluieren. In einem Volkslied heißt es: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“. So scheint es, dass die Bundesregierung, egal wer an der Macht ist, nicht willig ist, zu lernen, dass die schwarze Pädagogik, weder bei Kindern, noch bei Erwachsenen nichts zu suchen hat. Das Bundesverfassungsgericht hatte dem staatlichen Paternalismus einen Riegel vorgeschoben. Aus dem Sozialstaat verwandelte sich nun erneut ein knallharter Mitspieler, der per se auf die Erwerbslosen herunterschaut, als wären sie alle Arbeitsverweigerer. Es bleibt somit bei dem Bild des vordergründigen negativen Menschenbildes.

Armutszeugnis politischer Arbeit

Wenn wir eine positive Gesellschaft weiter entwickeln wollen, müssen wir ein positives Menschenbild fördern. Und dazu gehört nicht die Bestrafung von erwachsenen Menschen und deren Familien. Die Mehrheit irrt, wenn sie der Meinung ist, dass Bestrafung eine Kooperation fördert. Und sie irrt, wenn sie meint, Betroffene damit gefügig zu machen. Natürlich gibt es eine kleine Minderheit, die den Staat ausnutzen. Die gab es immer und wird es immer geben. Ein Staat und eine Gesellschaft kann diese mittragen. Und die kleine Minderheit finden wir überall. Nicht nur in der Erwerbslosigkeit. De facto bleibt die Frage offen, welche Maßstäbe politisch und menschlich angesetzt werden, wie mit den Schwächsten unserer Gesellschaft umgegangen wird. Wenn Bürgergeldberechtigte in ihren Grundrechten bedroht werden, ist das ein Armutszeugnis politischer Arbeit.

Bundestag: Die Gruppe ist da

und bleibt die Stimme für Soziale Gerechtigkeit!

Der Bundestag hat am Freitag den 02.02. beschlossen, die 28 Abgeordneten der Linken als Gruppe anzuerkennen. Das ist für unsere Partei erstmal eine sehr gute Nachricht. Die Linke ist da und sie bleibt im Bundestag weiter die einzige und verlässliche Adresse für soziale Gerechtigkeit. Unsere Bundestagsabgeordneten haben weiter den Auftrag, für eine Gesellschaft zu kämpfen, die soziale Sicherheit, gute Arbeit, gute Löhne und gleiche Chancen für alle Menschen in den Mittelpunkt stellt!

Wie war die Zwischenzeit?

Als fraktionslose Abgeordnete waren wir formal Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer. Unsere Redezeit war massiv eingeschränkt. Wir konnten keine Kleinen und Großen Anfragen an die Bundesregierung und keine Anträge ins Plenum einbringen. Auch alle unsere finanziellen Mittel und somit auch die Angestellten, die vorher bei der Fraktion beschäftigt waren, waren weg und die Mitwirkung in Ausschüssen war beschränkt. Lediglich vier Schriftliche Einzelfragen, das ist ein Recht, dass jedes Mitglied des Bundestages hat, konnten wir an die Bundesregierung stellen.

Was ändert sich jetzt?

Durch die Anerkennung als Gruppe sind wir formal auch wieder eine Einheit. Unsere zentralen parlamentarischen Rechte sind nun teilweise wieder hergestellt. Wir können Anträge stellen. Haben wieder mehr Redezeit und können vollumfänglich in Ausschüssen mitarbeiten. Außerdem bekommen wir wieder finanzielle Mittel, wenn auch deutlich weniger als zu Fraktionszeiten und können somit auch wieder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anstellen. Allerdings wird unser Fragerecht stark eingeschränkt.

Beschneidung des Fragerechts

Die wichtigste Aufgabe der Opposition ist es, die Regierung zu kontrollieren und für Transparenz zu sorgen. Das zentrale Mittel dafür sind Kleine Anfragen. Darin enthalten sind oftmals wertvolle Informationen, die die Bundesregierung nicht von allein preisgeben würde. Verbände und Journalistinnen und Journalisten sind auf unsere Kleinen Anfragen angewiesen. Die Ampel will nun diese auf zehn pro Monat pro Gruppe begrenzen. Das ist einfach lächerlich. Nur mal zum Vergleich: Über 900 Kleine Anfragen haben die Abgeordneten der ehemaligen Linksfraktion in dieser Legislaturperiode bisher gestellt. Das sind circa 33 pro Monat. Und auch die bisherigen Gruppen im Bundestag (1990 Grüne; 1990 PDS; 1994 PDS) hatten KEINE Beschränkung. Gegen diese Beschneidung unserer Rechte werden wir ein Verfahren beim Verfassungsgericht prüfen.

Wie geht es jetzt weiter?

Am 19. und 20. Februar werden wir eine Klausur als Gruppe machen. Auf dieser wird dann geklärt, wer in Zukunft die Gruppe leitet und wie wir uns strukturell und inhaltlich aufstellen. Ich bin zuversichtlich, dass uns ein guter Neustart gelingen wird!

Christian Görke, MdB



Bitte vormerken und anmelden!

Im Rahmen der Frauenwoche laden wir herzlich zu dieser wunderbaren Lesung ein.

**Eine echte
Vizepräsidentin
liest aus ihren
Büchern!**



Petra Pau liest aus ihren Büchern "Gott hab sie selig" und "Gottlose Type". Mit den Anekdoten nimmt sie uns mit auf eine Reise durch ihr Leben. Dabei wird es sicherlich nicht nur ernst zugehen, sondern auch Episoden zum Schmunzeln geben. Im Anschluss an die Lesung gibt es Zeit für einen kleinen Austausch.

Wann: 26.03.2024

Zeit: 18:00 Uhr

**Unkostenbeitrag: 8,00 €
ermäßigt 5,00 €**

Aufgrund begrenzter Plätze bitten wir um Anmeldung:

info@frauenzentrum-cottbus.de
oder 0355/ 473955



Mehr von uns hier:



Woidke spaltet das Land!

Klartext

Gespräche über das, was zählt.

19.02., 18.30 Uhr

Café Zelig,
Friedrich-Ebert-Str. 21,
03044 Cottbus

Mit **Sebastian Walter**
(Fraktionsvorsitzender),
Kathrin Dannenberg,
(Sprecherin für Bildung)
und **Anke Schwarzenberg**
(Sprecherin für Struktur-
wandel in der Lausitz)

Die Linke

Fraktion im
Landtag Brandenburg

www.linksfraktion-brandenburg.de

„Woidke spaltet weiter das Land, anstatt endlich für Lösungen zu sorgen“, findet Fraktionschef Sebastian Walter. Es geht um eine Reaktion auf Aussagen des Ministerpräsidenten Woidke zur Höhe des Bürgergeldes. Konkret nennt der MP die Erhöhung rückwirkend einen „strategischen Fehler“. Die Bundesregierung habe bei der Berechnung eine zu hohe Inflation angenommen. Er gehe daher davon aus, dass es bei der nächsten Anpassung deutlich niedrigere Erhöhungen, wenn nicht gar Kürzungen geben werde. Aus seiner Sicht sollen die Menschen die in Arbeit seien, mehr haben, als diejenigen, die nicht arbeiten gingen und bezieht sich hier zum Beispiel auf Familien mit Mindestlohn.

Da muss Sebastian Walter echt an sich halten, denn der MP gehörte zu den Ablehnern eines höheren Mindestlohns, ebenso der wichtigen Tariftreueregelung sowie die Erhöhung des Vergabemindestlohns im Land Brandenburg. „Woidke greife stattdessen in die uralte Trickkiste rechter Parteien und spiele lieber die Schwachen gegen die Schwächsten aus. Offenbar erkenne der Ministerpräsident nicht, in welcher Gefahr sich die Demokratie befinde“, so Sebastian Walter.

Er ist zu Gast in Cottbus am 19. Februar. Dann kann KLARTEXT geredet werden.

Tag des Gedenkens

Der 15. Februar 1945 ist in Cottbus ein Tag des Gedenkens an die Schrecken und die Zerstörungskraft des 2. Weltkrieges. Viele Menschen mussten an diesem Tag ihr Leben lassen, mehrere Tausend Cottbuser:innen und Geflüchtete verloren Obdach sowie Hab und Gut. Kurz vor Kriegsende wurden Teile der Stadt durch einen Bombenkorridor von Süd nach Nord in Schutt und Asche gelegt. Seit damals sagen wir: Nie wieder!

Die jüngsten Rechercheergebnisse von Correctiv haben uns jedoch alle erschreckt. In den Protokollen, die vorliegen, diskutieren die Neuen Rechten einschließlich der AfD und der Werteunion ganz offen wieder über Vertreibung von Fremden, sie nennen es Remigration, dies schließt auch politische Gegner mit ein, die nicht in ihr Bild vom „echten“ Deutschen passen. Damit verlassen diese Menschen unsere Verfassung. So hat es damals auch angefangen.

In ganz Deutschland demonstrieren seit der Recherche von Correctiv Hunderttausende für unsere Verfassung und die daraus resultierende parlamentarische Demokratie. Wir alle verteidigen sie HIER und JETZT.

Dazu lädt der Cottbuser Aufbruch die Bürger:innen am 15. Februar 2024 zu einer Kundgebung auf dem Altmarkt um 17 Uhr ein. Anschließend ab 18 Uhr gibt es noch eine Lesung im Saal des Alten Stadthauses.



1945 15. FEBRUAR 2024

17 Uhr Kundgebung Altmarkt

18 Uhr Lesung Altes Stadthaus